



Mitgliederzeitung August 2018

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nach dem Sommertheater der CSU in der Asylpolitik und der Sommerpause wollen wir jetzt wieder in die politische Diskussion einsteigen. Zunächst haben wir im roten Dorfplatz die Ergebnisse der Analyse „Aus Fehlern lernen“ des Parteivorstandes zur Erneuerung der SPD versucht zusammen zu fassen und zu kommentieren. Im Anhang sende ich für Interessierte auch noch einmal die komplette Analyse mit. Weiterhin stellen wir den neuen Gesetzesentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Thema Rente vor. Und natürlich gehen wir auch noch einmal auf das Sommertheater von Bundesinnenminister Horst Seehofer ein. Hier stellen wir Euch den 5 Punkte Plan der SPD für eine europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik vor. Liebe Genossinnen und Genosse für unsere kommende Distriktsversammlung möchten wir euch ins BRAKULA einladen. Am 14. August findet dort die Veranstaltung der SPD-Bezirksfraktion Wandsbek "Bleiben wir im Gespräch" statt. Ab 19:00 Uhr freuen sich Dr. Andreas Dressel, der Senator für Finanzen und Bezirke und Anja Quast, die Fraktionsvorsitzende der Bezirksfraktion auf die Themen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger und auch von Genossinnen und Genossen. Am gleichen Tag ist der neue Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Dirk Kienscherf gemeinsam mit den Wahlkreisabgeordneten im Nachbarstadtteil Farmsen zu einer Sommertour unterwegs (s.Terminhinweis)

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst



Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

Datum: 14. August 2018

Thema: Bleiben wir im Gespräch



**SPD Bezirksfraktion Wandsbek
Dr. Andreas Dressel & Anja Quast**

Ort: BRAKULA, Bramfelder Ch. 265

Uhrzeit: 19:00 Uhr



Unsere Distriktsversammlungen finden grundsätzlich jeden 2. Dienstag im Monat statt. Ort ist meistens der BSV-Treff, Ellernreihe 88.

Termin:

**Sommertour im Wahlkreis
Dirk Kienscherf in Farmsen**



Am **14. August** geht die SPD Bürgerschaftsfraktion auf „Sommertour“ durch Farmsen. Der Fraktionsvorsitzende Dirk Kienscherf sowie die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten vor Ort nutzen einmal mehr die Gelegenheit, um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Auf dem Programm stehen auch Besuche bei Institutionen und Vereinen.

Ein Infostand mit Dirk Kienscherf und den Abgeordneten aus dem Wahlkreis findet um **17.30 Uhr** im Abgeordnetenbüro von Regina Jäck, Neusurenland 107, statt. Ihr seid herzlich eingeladen!

Themen:

Erneuerung der SPD „Aus Fehlern lernen“	Seite 2
Kommentar	Seite 3
Rentenreform 18/19	Seite 4
Kommentar	Seite 5
5 Punkte-Plan Migration	Seite 6
Mindestlohnkommission	Seite 7
Aus dem Stadtteil	Seite 7
Aus der Stadt	Seite 8

Impressum (V.i.S.d.P):

**SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg**

**Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de**

**E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de**

Bramfeld-Süd

SPD



Thema des Monats: Erneuerung der SPD

Aus Fehlern lernen - Eine Analyse

Der SPD Parteivorstand arbeitet wie vom Bundesparteitag gefordert, die Niederlage bei der Bundestagswahl auf. Eine externe Gruppe von fünf Experten hat im Juni eine erste Analyse vorgelegt. Die Autoren führten 101 Interviews, mit Funktionären und Mitgliedern, Wahlforschern, Journalisten und Sozialwissenschaftlern. "Aus Fehlern lernen", lautet der Titel. Und einige Fehler werden in dem 108 Seiten lange Bericht offen gelegt. Und welche Lehren soll die Partei ziehen? Ein Überblick.

Die Kandidatenfrage 2017

Die SPD habe die Wahl nicht erst 2017 verloren, "sondern spätestens 2015". So lautet der erste Satz in einem Kapitel, das den Titel "Schiffbruch mit Ansage" trägt. Leider haben wir die gleichen Fehler begangen wie im Wahlkampf 2013.

So ist es laut Studie ein grosser Fehler gewesen, unseren Spitzenkandidaten Martin Schulz erst im Januar 2017 zu benennen - acht Monate vor der Bundestagswahl. Unsere Parteivorsitzende Andrea Nahles hat schon erklärt, dass es beim nächsten Mal unbedingt anders laufen soll. Demnach soll die Spitzenkandidatur früher und geordneter erklärt werden. Die Autoren der Studie empfehlen weiter, dass wir schnell handlungsfähig werden müssen und einige Fragen klären sollten: "Was bedeutet die Regierungsbeteiligung für den Wahlkampf? Welche personellen Konstellationen ist zu erwarten - auf SPD-Seite, aber auch bei den Wettbewerbern?" Eine strategische Analyse und Planung ist für eine vernünftige Aufgabenverteilung zwingend erforderlich.

Das Willy-Brandt-Haus

Der Bericht kommt weiterhin zu der Erkenntnis, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht kampagnenfähig gewesen sind. Die strategische Kommunikation vor und während des Wahlkampfes war nicht auf der Höhe der Zeit. Was damit gemeint ist? Die rechte Wisse oftmals nicht was die linke will. Größtes Manko, so heißt es im Bericht, sei das Fehlen eines eingespielten, mehrköpfigen und klar definierten strategischen Zentrums im Willy-Brandt-Haus (Parteizentrale)



#SPDerneuern

Quelle: spd-hamburg.de



Quelle: spd.de

gewesen. In vielen Fällen seien Vorarbeiten nicht genutzt oder hausintern Doppelarbeiten gemacht worden. Wie will der Parteivorstand das nun ändern? Die Autoren empfehlen, klare Aufgaben und Zuständigkeiten für die Parteiführung zu definieren, die Zahl der Stellvertreter sowie der Mitglieder in Vorstand und Präsidium zu reduzieren sowie sämtliche Wahlkreise und Landesverbände einer Stärken- und Schwächenanalyse zu unterziehen.

Der Vertrauensverlust

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben nicht erst im vergangenen Jahr, sondern seit 1998 massiv an Vertrauen verloren. Die Erfolge der AfD und die Ablehnung der Großen Koalition seien nicht nur ein Warnschuss gegen die Flüchtlingspolitik argumentieren die Autoren des Berichtes. Es handele sich auch nicht nur um eine temporäre Politikverdrossenheit. Stattdessen gebe es bei vielen Menschen eine offene Politikverachtung. Viele in der SPD haben die Dramatik des Vertrauensverlusts aber immer noch nicht vollends begriffen. Das Fazit der Autoren: Die SPD müsse sich mehr als andere Parteien um eine Reparatur des beschädigten Verhältnisses zu ihren Wählern bemühen. So müsse die Sozialdemokratie alles daran setzen, den Eindruck von staatlichem Kontrollverlust zu vermeiden und den Unterschied in der politischen Konzeption zum Koalitionspartner immer wieder sichtbar machen.

Die Politik der Agenda 2010

Die Entfremdung zwischen der SPD und großen Teilen ihrer Wähler, aber auch Teilen ihrer Mitglieder hat einen wesentlichen Ursprung in der Agendapolitik von Gerhard Schröder. Ab Mitte März habe das Thema Gerechtigkeit im Wahlkampf von Martin Schulz aber keine so wichtige Rolle mehr gespielt. Das Problem sei zudem, so argumentieren die Autoren: Die Aufsteiger und Profiteure der sozialdemokratischen Reformpolitik von einst sind längst Teil der gesellschaftlichen und politischen Oberschicht geworden.



Ihre Lebensentwürfe hätten sich weit von jenen ihrer Wählerklientel entfernt. Dies lasse sich nicht über Nacht beheben. Doch die SPD müsse sich neu orientieren und sich stärker um Menschen in Dienstleistungsberufen kümmern. Diese stünden massiv unter Druck, rund vier Millionen Arbeitnehmer verdienten kaum mehr als den Mindestlohn. Allen Sozialdemokraten müsse klar sein: Die Balance in der gesellschaftlichen Mitte ist aus dem Lot geraten.

Kommentar - Eine Analyse

Von: Andreas Ernst

Aus Fehlern lernen, auf 107 Seiten. Der SPD Parteivorstand hat von einem fünfköpfigen Autorenteam aufschreiben lassen, was im Bundestagswahlkampf 2017 so alles schief gelaufen ist. In zwölf Kapiteln ist aufgelistet, was dazu geführt hat, dass wir auf 20,5 Prozent abgestürzt sind. Von Verkrustungen ist in dem Papier die Rede und von kollektiver Verantwortungslosigkeit und von einer Volkspartei ohne Volk. Alles richtige Erkenntnisse. Richtig ist auch die Erkenntnis, dass die Probleme der SPD sich seit mehr als einem Jahrzehnt angestaut haben. Diese lassen sich auch nicht kurzfristig beheben. Nachdem wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über Jahre Strategiedefizite verdrängt und eine gewisse politische Orientierungslosigkeit geleugnet haben, müssen wir den Mut aufbringen, über einige unbequeme, aber unübersehbare Wahrheiten zu diskutieren. Wer in den vergangenen Jahren beziehungsweise zwei Jahrzehnten die Entwicklung der Partei verfolgt hat, kann erkennen wie programmatisch entleert die Partei ist. Eine neue politische Idee muss entstehen um die Partei wieder zusammenzuführen. Eine gesellschaftliche Vorstellung, hinter der sich die Partei geschlossen versammeln könnte, um wieder mehr Menschen für sich zu begeistern muss her. Eine Politische Haltung, mit denen sich in einer zersplitterten Gesellschaft unterschiedliche WählerInnengruppen ansprechen ließen. Unser altes Bild der Kultur der Aufsteigerinnen und Aufsteiger entspringt einer Zeit, in der sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler dies noch konnten. Oft geht es uns darum, die Grundlage hierfür zu bewahren. Heute können wir mit einem gewissen Stolz behaupten, dass wir am gesamtgesellschaftlichen (wirtschaftlich wie sozial) Erfolg Deutschlands in den vergangenen Jahren in großem Ausmaß mitgewirkt haben. Und dennoch: Der Trickle-Down-Effekt (bezeichnet die



These, dass Wirtschaftswachstum und allgemeiner Wohlstand der Reichen nach und nach durch deren Konsum und Investitionen in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern würden), die Hoffnung, dass vom wirtschaftlichen Erfolg am Ende doch irgendwie alle profitieren, bleibt aus. Belohnt wurden wir für die zahlreichen eingegangenen Kompromisse in Regierungsverantwortung ohnehin nicht.

Wohin des Weges SPD?

Ein Teil der Sozialdemokratie möchte treu um diejenigen kämpfen, die die SPD entweder in Nichtwählerinnen- und Nichtwähler-Lager oder an die Linke oder mittlerweile nach und nach auch an die AfD verloren hat. Der Parteivorstand hofiert dagegen lieber die Etablierten und die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Hier gibt es den Wunsch nach einer wirtschaftsfreundlichen SPD des Ausgleichs und gepflegten Auftretens, dort den Wunsch nach der Verteilungsfrage um dort hin zu gehen wo stinkt. Große Teile der Funktionäre und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erliegt einer gefährlichen Verengung auf die sogenannten Mitte der Gesellschaft, deren selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, alle eher Individualisten, die sich am Ende anderen Parteien wie FDP und Grünen zuwenden. Gerade für Individualisten sind diese hochattraktiv, auf jeden Fall attraktiver als eine Partei die sich Solidarität auf ihre Fahnen schreibt. Dann müssen wir aber so ehrlich sein und die hinter uns lassen die am Rande der Gesellschaft stehen. Volkspartei sind wir dann zwar nicht mehr, aber umso attraktiver im Ringen um die umkämpfte gesellschaftliche Mitte. Dann würden wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten viele Menschen an der untersten Sprosse einer zerbröselnden Gesellschaft zurücklassen. Möchte man sie wieder zurückgewinnen und gar in unsere politische Arbeit einbinden, werden wir alle in der SPD hart arbeiten müssen. An unseren Werten, an unseren Vorstellungen, an unseren Ideen und nicht zuletzt an uns selbst! Es geht in der nahen Zukunft um nichts Geringeres als die Zukunft der Sozialdemokratie in Deutschland, in Europa.



"Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und bemänteln dessen, was ist."



Ferdinand Lassalle

Aus dem Bund

Rentenreform 2018/2019



Quelle: bmas.de

Das Rentenpaket

Bundesarbeitsminister Heil hat Anfang Juli einen Gesetzesentwurf für ein neues Rentenpaket auf den Weg gebracht. Geplant sind Verbesserungen bei der Mütterrente und Entlastungen für Geringverdiener, aber auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stabilität von Rentenniveau und Beiträgen. Die Stabilität beim Rentenniveau und den Beiträgen sieht eine doppelte Haltelinie vor. So soll das Rentenniveau bis 2025 beim derzeitigen Stand von 48 Prozent der durchschnittlichen Brutto-Tarifeinkommens festgeschrieben werden. Die Beiträge sollen nicht über 20 Prozent des Brutto-lohns steigen. Um dies zu ermöglichen soll ein aus Steuergeldern aufgelegter "Demografiefonds" mit acht Milliarden Euro entstehen, aus dem die Finanzierung übernommen wird, sollte eine der beiden Haltelinien gerissen werden. Weitere Elemente des neuen Rentenpaktes sind die Ausweitung der Mütterrente und die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sowie Entlastungen für Geringverdienerinnen und Geringverdienern. Hier soll

die Einkommensgrenze, ab dem der volle Sozialbeitrag gezahlt werden muss, von derzeit 850 auf 1.300 Euro ansteigen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Grundrente für langjährig Versicherte und weitere Weichenstellungen für die Zeit nach 2025 sollen später folgen. Anber was ändert sich jetzt genau?

Stabilität bei Rentenniveau und Beiträgen

Nach aktueller Gesetzeslage könnte das Rentenniveau von derzeit 48 Prozent des durchschnittlichen Einkommens bis 2030 auf 43 Prozent sinken. Könnte zu einem enormen Anstieg von Altersarmut in der Zukunft führen. Daher soll das Niveau bis 2025 mindestens auf dem heutigen Niveau gehalten werden. Zugleich soll die Belastung der Beitragszahler begrenzt werden: Die Beiträge sollen nicht über 20 Prozent steigen. Nach derzeitiger Gesetzeslage könnten sie bis 2030 auf bis zu 22 Prozent steigen. Je nach Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt könnte diese doppelte Haltelinie teuer werden, denn von ihr profitieren die derzeit 20 Millionen ebenso wie die künftigen Rentner. Einspringen soll bei Bedarf der Steuersäckel. Es soll ein "Demografiefonds" eingerichtet werden, in den bis 2025 acht Milliarden Euro an Steuermitteln fließen sollen. Das Geld soll für die Renten verwendet werden, wenn andernfalls das Niveau sinken oder die Beiträge steigen würden.

Verbesserungen bei der Mütterrente

Mütter und Väter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, bekommen künftig das dritte Erziehungsjahr anerkannt und werden damit den Eltern von nach 1992 geborenen Kindern gleichgestellt. Der Gesetzesentwurf sieht entsprechend der bisherigen Koalitionspläne dafür einen weiteren Entgelt-punkt vor, allerdings nur für das dritte Kind. Das beschert drei Millionen Müttern und Vätern ein Plus bei der Rente. Da eine solche Ungleichbehandlung des Nachwuchses aber rechtlich umstritten ist, wird die Alternative diskutiert, für jedes Kind - also auch das erste und zweite - einen halben Entgelt-punkt anzurechnen. Die Entscheidung, welche Variante umgesetzt wird, soll der Bundestag fällen.





Neuregelung der Erwerbsminderungsrente

Bislang erhalten Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig mit dem Arbeiten aufhören müssen, eine Erwerbsminderungsrente, bei der davon ausgegangen wird, dass sie bis zum 62. Lebensjahr gearbeitet haben. Künftig soll hier das jeweilige Renteneintrittsalter gelten, das sukzessive auf 67 Jahre anwächst. Davon profitieren aber nur künftige Bezieher einer Erwerbsminderungsrente. Nach Angaben aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sind davon rund 170.000 Menschen betroffen.

Entlastungen von Geringverdienern

Bislang müssen Beschäftigte ab einem Monatseinkommen von 850 Euro die vollen Sozialversicherungsbeiträge entrichten. Zukünftig soll 1.300 Euro gelten, ohne dass sich die spätere Rente verringert. Davon sollen rund drei Millionen Menschen profitieren. Das bedeutet eine Entlastung von minimal 270 Euro im Jahr für Beschäftigte mit einem Einkommen von 850,- Euro im Monat.

Kosten des Rentenplanes

Die Gesamtkosten belaufen sich auf zusätzlich rund 30 Milliarden Euro jährlich ab dem Jahr 2025. 19 Milliarden davon sollen von der Rentenversicherung aufgebracht werden, die anderen elf Milliarden Euro aus Steuergeldern.

Wie sieht der weitere Verfahrensweg aus?

Nach der Sommerpause soll das Bundeskabinett die Reform billigen, danach geht sie in den Bundestag. In Kraft treten kann die Neuregelung, wenn sie nach dem Bundestag auch den Bundesrat passiert hat. Die Zeit drängt, denn die Rentenversicherung braucht einen gewissen Vorlauf, damit die zusätzlichen Leistungen ab Januar 2019 gezahlt werden können.

Kommentar Rentenpaket

Von: Frank Karrenberg

Die gesetzliche Rente ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Das mit dem neuen Rentenpaket, das diverse Einzelschritte zusammenfasst, auf die eine oder andere Weise Millionen von Menschen in Deutschland profitieren, ist unbestreitbar. Aber ob es einerseits aber auch die Stabilisierung des Rentensystems bringt und andererseits ein erheblicher Beitrag gegen Altersarmut ist, ist eher zweifelhaft. Im Zentrum der Pläne steht die sogenannte doppelte Haltelinie: CDU/CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass das Rentenniveau bis 2025 nicht unter 48 Prozent sinken und der Beitragssatz zur Renten

versicherung im selben Zeitraum nicht über 20 Prozent steigen soll. Das Rentenniveau (Sicherungsniveau vor Steuern) ist die zentrale Maßzahl für die Leistungsseite der deutschen Rentenversicherung. Es gibt das Verhältnis einer Standard-



rente zum Durchschnittsentgelt an. Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet die Abkopplung der Entwicklung der Renten von der Lohnentwicklung. Ein sinkendes Rentenniveau betrifft die laufenden Renten und die Ansprüche der gegenwärtig Beschäftigten. Es wird zukünftig schwieriger, auch bei langjähriger Vollzeitbeschäftigung mit einer Rente der Rentenversicherung Schwellenwerte wie Armutsgefährdungs- oder Grundsicherungsschwellen zu überschreiten. Unter der Annahme einer 45 jährigen Erwerbsbiografie war bei Vollzeitbeschäftigung 2015 ein Stundenlohn von 11,42 Euro notwendig, um die Grundsicherungsschwelle zu erreichen. Bei kürzeren Erwerbsbiografien ist entsprechend ein höherer Lohn notwendig. Während Tariflöhne damit eine gewisse Sicherheit bieten, bieten die derzeitigen Mindestlöhne auch bei lebenslanger Erwerbsbeteiligung in Vollzeit häufig keinerlei Schutz gegen Renten unterhalb der Armutsgefährdungs- und Grundsicherungsschwelle. Eine Stabilisierung oder Anhebung des Rentenniveaus ist dringend geboten, um für alle Einkommensgruppen die Lohnersatzfunktion der Renten und damit die Legitimität der Rentenversicherung sicherzustellen. Die Stabilisierung oder Anhebung des Rentenniveaus ist kein Instrument zur Bekämpfung von Altersarmut. Dennoch wird Altersarmut durch solch eine Maßnahme reduziert und bildet damit die Grundlage einer zielgenauen Unterstützung von Risikogruppen. Mit dem aktuellen Rentenpaket hat sich Politik erst einmal Zeit erlaubt. Dennoch ist es ein wichtiges Versprechen. Ein Versprechen das zunächst einmal für die kommenden sieben Jahre gilt. Was danach kommt, soll eine erst kürzlich eingesetzte Rentenkommission klären. Sie wird auch die Frage beantworten müssen, ob die Standardrente am der Erhaltung des Lebensstandards definiert wird oder an den maximalen Beiträgen. Oder ob zukünftig steigende



Steuerzuschüsse des Bundes der richtige Weg sind. Eigentlich ist das Rentensystem ja umlagefinanziert - Arbeitnehmer sollen mit ihren Sozialbeiträgen also die jeweils aktuelle Rentnergeneration finanzieren. Durch zunehmende Veränderungen unserer Gesellschaft (Veränderung der Arbeitswelt, atypische Beschäftigungsverhältnisse, geburtenstarke Jahrgänge) geht diese Rechnung nicht mehr so auf wie früher. Daher muss sich unsere Gesellschaft und muss sich auch unsere Partei entscheiden, ob die gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule der Alterssicherung sein soll. Aber diese Entscheidung muss in dieser sich rasant verändernden Welt heute diskutiert und umgesetzt werden.

Miteinander statt Gegeneinander

Fünf-Punkte-Plan für eine europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik

Menschlichkeit, Vernunft und eine gesamteuropäische Lösung. Das sind die Grundsätze im SPD-Konzept für eine europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik. Eine Lösung der Migrationspolitik gelingt nur mit Europa und nicht gegen Europa. Das Konzept orientiert sich an den Grundsätzen der Menschlichkeit, der Vernunft und der gemeinsamen Verantwortung in der Welt. So sollen etwa durch eine verbesserte Entwicklungszusammenarbeit, durch Friedenspolitik und Klimaschutz Fluchtursachen besser bekämpft werden als in der Vergangenheit. Eine klare Absage erteilt der Beschluss jeglichen Plänen zu Abschottung und nationalen Alleingängen in Europa. Denn es lasse sich unkompliziert regeln, dass Asylsuchende gegebenenfalls in den EU-Staat zurückkehren, in dem sie erstmalig registriert worden sind. Gleichzeitig erkennt die SPD an, dass die Belastung innerhalb der EU sehr ungleich verteilt ist. Darum müssten einige Mitgliedstaaten deutlich mehr unterstützt werden. Zudem bekennt sich die SPD zu einem besseren Schutz der EU-Außengrenzen und bekräftigt ihre Forderung nach einem Einwanderungsgesetz in Deutschland. Denn am Zuzug von Fachkräften habe Deutschland großes Interesse – zum Beispiel, um die Renten dauerhaft stabil halten zu können.

Europas Verantwortung in der Welt

Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg und Gewalt, Dürre, Wassermangel und Hunger in ihre Nachbarländer. Um ihnen wieder Zukunftsperspektiven in der Heimatregion zu geben, unterstützen wir die Anrainerstaa

ten bei der guten und nachhaltigen Versorgung der Flüchtlinge. Um Fluchtursachen zu bekämpfen, soll die Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden; faire Handels- und Landwirtschaftspolitik, Friedenssicherung und weltweit weniger Exporte von Waffen müssen hinzukommen.



Quelle: spd.de

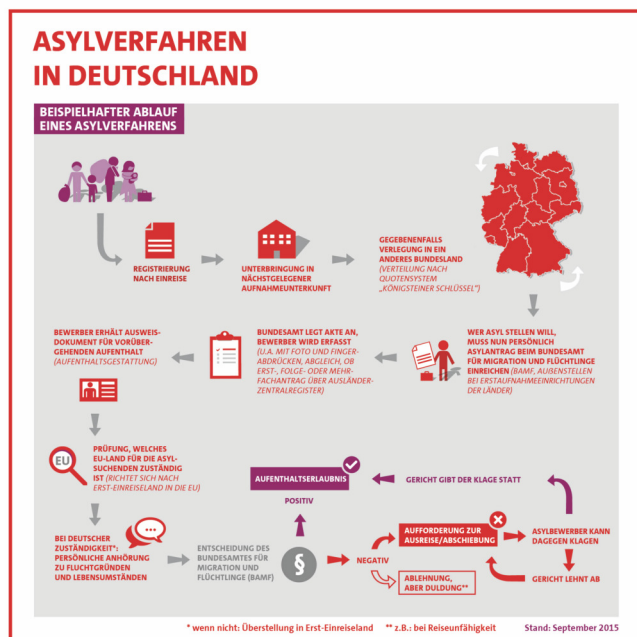
Freizügigkeit erhalten – Keine nationalen Alleingänge

Wer in einem europäischen Land als Flüchtling erfasst und registriert wurde, muss dort auch sein Verfahren abschließen. Wer in einen anderen EU-Staat weitergereist ist, muss schnell dorthin zurückkehren. Mit einer kleinen gesetzlichen Änderung ließe sich ein beschleunigtes Verfahren unkompliziert regeln – ohne nationale Alleingänge! Mitgliedstaaten mit besonderen Herausforderungen unterstützen. An den Außengrenzen der Europäischen Union sind Mitgliedstaaten besonders gefordert: durch die Pflicht zur Grenzsicherung und durch die Einreise der meisten Flüchtlinge. Diese Staaten haben Anspruch auf besondere Unterstützung – zum Beispiel finanzielle Hilfen. Darüber wollen wir auch die Menschenrechte sichern.

Schutz der EU-Außengrenzen

Ein wirksamer Schutz der gemeinsamen Außengrenzen ist zentral, um Freiheit und Freizügigkeit in Europa zu sichern - und um Schlepperkriminalität zu bekämpfen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll zu einer leistungsfähigen europäischen Grenzschutzpolizei ausgebaut werden. Zum Asylrecht gehört, dass diejenigen, die kein Bleiberecht haben, wieder ausreisen müssen. Rückübernahmeabkommen mit den Herkunftsländern sind hierbei ein wichtiger Schlüssel.





Klare Trennung zwischen Einwanderung aus humanitären Gründen und Einwanderung zur Arbeitsaufnahme. Denn unser Wohlstand und unsere Renten hängen davon ab, ob wir in den nächsten Jahren die benötigten Fachkräfte aus dem Ausland anwerben können. Mit einem Einwanderungsgesetz wollen wir den Zuzug von Fachkräften nach den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarkts steuern.

Beschluss der Mindestlohnkommission nach § 9 Mindestlohngesetz

https://www.mindestlohn-kommission.de/DE/Bericht/bericht_node.html



In der Fabriciusstraße soll im Zuge des Bündnisses für Radverkehr eine neue Radverkehrsanlage hergestellt werden. Die Fabriciusstraße ist ein Teilabschnitt der Veloroute 5 (Steilshooper Straße bis Duvenstedt). Als Anpassungen werden in der Fabriciusstraße die Herstellung eines Schutzstreifens für den Radverkehr auf der östlichen Seite der Fabriciusstraße (bis Höhe Bräsigweg/beginnende Tempo 30-Zone), die Herstellung barrierefreier Nebenanlagen, der Umbau des Knotens Leeschenblick/Fabriciusstraße zum Kreisverkehr mit Herstellung eines vierten Knotenarmes zur Erschließung des B-Plan-Gebietes Bramfeld 64 und der Umbau der Bushaltestellen am gleichen Knoten zu „Halten am Fahrbahnrand“ erfolgen. Für Fußgänger wird ein Überweg im Bereich Buskehre/Bräsigweg erstellt sowie Umgestaltung des Knotens Fabriciusstraße/Fritz-Reuter-Straße mit rotem Wabensteinpflaster zur Steigerung der Aufmerksamkeit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer eingerichtet. Des Weiteren wird im



100 Tage Bilanz von Bürgermeister

Dr. Peter Tschentscher

Von: Andreas Ernst



Peter Tschentscher hat Hamburg einen klugen und besonnenen neuen Ersten Bürgermeister, der seine Sache sehr gut macht. Mit sei-

ner gewissenhaften Einstellung, seiner ruhigen Art, seinem sehr verantwortungsvollen Umgang mit unserer Stadt und seinem Ziel, Hamburg als soziale, lebenswerte und erfolgreiche Metropole fortzuentwickeln, wird er die Hamburgerinnen und Hamburger schnell und unaufgeregt überzeugen. Er hat die kurze Zeit genutzt, um erste wichtige Akzente zu setzen. Zum Beispiel im Bereich der Norddeutschen Zusammenarbeit, bei der Aufstellung des Haushaltes 2019/2020, beim Thema Mindestlohn oder beim wichtigen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Ich denke, dass er mit seiner ruhigen und sachlichen Art die Köpfe der Hamburgerinnen und Hamburger und vielleicht sogar deren Herzen als Bürgermeister unserer schönen Stadt erreichen kann. Unterstützen wir ihn dabei tatkräftig!



Bild: Ronald Sawatzki / Senatskanzlei

Abgeordneter für die Hamburgische Bürgerschaft für den Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop



Abgeordnetenbüro Bramfeld

Bramfelder Abgeordneter: Jens Schwieger
Bramfelder Chaussee 312 | 22177 Hamburg
Telefon: 040 – 63 91 76 79
E-Mail: buero@schwieger-hamburg.de

SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 682 67 784
E-Mail: spdfrak-wandsbek@t-online.de



SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 689 44 511
E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg
Telefon: (040) 280 848 - 0
Fax: (040) 280 848 - 18
E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de



Leeschenblick im Zuge einer Deckensanierung eine neue Markierungslösung einschließlich der Schaffung neuer Längsparkstände umgesetzt.

Weitere Informationen unter Bezirksamt Wandsbek:

<https://sitzungsdienst-wandsbek.hamburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1008587#searchword>



Aus der Stadt

Erhöhung der Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen

Vor dem Hintergrund der stark angestiegenen Mietpreise hat der Senat die Einkommensgrenzen für geförderte Wohnungen angepasst. Hamburg ist bundesweit mit Abstand das Land mit den meisten bewilligten Sozialwohnungen. Es ist dem Senat und den Bezirken gelungen, den Abwärtstrend bei öffentlich geförderten Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen zu stoppen. In den kommenden Jahren wird die Anzahl der Sozialwohnungen noch weiter zunehmen – bis 2021 werden so fast 88.000 Wohnungen zur Verfügung stehen. Hinzu kommen jene Wohnungen, deren Mietpreisbindung ausgelaufen ist, deren Mieten jedoch noch immer deutlich unter dem aktuellen Mietenspiegel liegen. Mit den neu festgelegten Einkommensgrenzen ergänzt der Senat die erfolgreiche Wohnungspolitik der letzten Jahre um einen wichtigen Baustein. Die von SPD und Grünen angestoßenen Maßnahmen zeigen: Hamburg wird sozial gerecht regiert.

**MIETEN MUSS
BEZAHLBAR SEIN!**